Abonnementspreis
inklusive der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben · Wissen · Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn 80 Pf. Durch die Reichs-Post bezogen pro Vierteljahr M. 2,75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 21, 2 Tr.
Sprechstunde an Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Nr. 3465.

Telegramm-Adresse: „Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mindestens dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 21, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 260. | Dresden, Freitag den 8. November 1907. | 18. Jahrg.

Hyänen der Wohltätigkeit.

(l. v.) Rom, den 5. November.

Auf Grund zahlreicher Enthüllungen hatte die italienische Kammer vor Jahr und Tag eine Enquete über die Verwendung der Unterstützungsgelder für Kalabrien veranlaßt, deren Veröffentlichung aber bis zu Stunde noch nicht erfolgt ist. Da nun mit dem Unglück des Erdbebens das Unglück der „Wohltätigkeit" wieder über Kalabrien hereingebrochen ist, sind vor einigen Wochen indiskrete Fragen nach den Ergebnissen der Enquete laut geworden, so daß sich die Regierung genötigt gesehen hat, die Veröffentlichung der Enquete für den Beginn der parlamentarischen Arbeiten in Aussicht zu stellen. Einstweilen sind auch einige Teile der Enquete der Presse mitgeteilt worden und haben weitere Enthüllungen Eingeweihter veranlaßt, so daß sich ein Ensemble wahrhaft schandbarer Ausbeutung des Elends ergiebt.

Was die Regierung von der Enquete hat mitteilen lassen, betrifft lediglich die Gaunereien der herrschenden Klassen in Kalabrien selbst, denn es handelt sich bei der Veröffentlichung um eine Revanche für die Klagen, die heute in Kalabrien über die Trägheit, Unklugheit und Parteilichkeit der Hilfsaktion der Regierung geführt werden. Diese Veröffentlichungen haben aber auch den lokalen Behörden die Zunge gelöst und diese berichten nun ihrerseits über die verbrecherische Verwaltung der Unterstützungsgelder durch Regierungsbeamte. Wir stehen bis jetzt erst in der Vorhalle eines Skandals, der zu den größten gehören dürfte, die das skandalreiche Italien in den letzten Jahren gezeitigt hat.

Sobald in den vom Erdbeben betroffenen Ortschaften Unterstützungen in Geld oder in Waren eintrafen, so erschienen die **Honoratioren des Ortes**, um den Löwenanteil zu beanspruchen. Und da in Kalabrien kein einziger Arbeiter ein eigenes Haus besitzt, wurden die armen Leute von Anfang an als vom Erdbeben nicht geschädigt von den Unterstützungen ausgeschlossen, während die Hausbesitzer die Errichtung neuer Häuser forderten und zum Teil erhielten. Die Unanständigkeit ging so weit, daß z. B. ein wohlhabender Herr nach dem Eintreffen eines Transports von Kleidern und Lebensmitteln so lange lamentierte und seine Rechte behauptete, bis er mit — einer Flasche Marsala davonzog, die er ganz und gar nicht nötig hatte. In einem Orte brauchte das Hilfskomitee ein Lokal zur Unterbringung des Materials und will ein solches von einem Besitzer mieten. Der Herr weist mit Entrüstung jede Miete zurück, da er nicht Vorteil aus dem Unglück seines Ortes ziehen wolle. Als er aber bei der Verteilung der Unterstützungen leer ausgeht, beansprucht er für den Speicher — 10 Lire Miete pro Tag! Vorher war der Mietswert von Sachverständigen auf 10 bis 20 Lire im Monat veranschlagt worden! Da die Besitzenden die Unterstützungen für ihr privates Einkommen hielten, ist es begreiflich, daß sie Wert darauf legten, ihren Ort als möglichst unterstützungsbedürftig hinzustellen. Und so berichtet die Enquete von einer Ortschaft, die dem Besuch des Königs zu Ehren **das erste Haus des Ortes einreißen** ließ, damit der Besucher einen recht deutlichen Eindruck der Verwüstung empfinge! In einer anderen Stadt sammelte man alle alten, kranken und invaliden Leute in einem improvisierten Hospital, um sie dem König als Opfer des Erdbebens vorzustellen! So dienten die armen Teufel als Köder für das Mitleid, gingen dann aber bei der Verteilung des Geldes leer aus.

Wenn diese Enthüllungen die besitzenden Klassen Kalabriens in ihrer ganzen moralischen Armseligkeit bloßstellen, so sind die Angaben der Lokalbehörden über die Wirksamkeit der Regierungsbeamten noch weit belastender. So hat der Bürgermeister von **Monteleone** einem Redakteur der Giornale d'Italia mitgeteilt, daß viele Beamte und Offiziere, die den Wiederaufbau leiten sollten, schon gleich mit Ingenieuren und Unternehmern ihres Herzens eintrafen. Es soll nachgewiesen und auch in der parlamentarischen Enquete niedergelegt sein, daß Offiziere und Beamte vielfach von den Unternehmern der Neubauten Prozente bekamen. Dem Bürgermeister von Monteleone wurden — nach wiederholten Anfragen — vom Regierungsbauamt die Summen mitgeteilt, die für seine Gemeinde aufgewendet worden waren. Es waren 200 000 Lire. Der Bürgermeister ließ nun vom städtischen Bauamt ausrechnen, wieviel die ausgeführten Arbeiten, bei den bekannten Akkordsätzen, kosten konnten. Die Berechnung ergab **weniger als den zwanzigsten Teil der von der Regierungsbehörde in Rechnung gesetzten Summe**; für einen Teil des Ortes waren 19 000 Lire für Reparaturen verrechnet worden. Diese Reparaturen bestanden im „Weißeln" von sieben äußeren Treppen und dem Anbringen von Ziegeln auf zwei Dächern für einen Gesamtwert von 125 Lire. Nach diesem Prinzip sind die Millionen verwendet worden, die die allgemeine Wohltätigkeit für die unglücklichen Opfer des Erdbebens aufgebracht hatte!

Nach Veröffentlichung der Enquete werden wir auf die Sache zurückkommen.

Sturmzeichen.

Immer drohender ballen sich die Wolken am Wirtschaftshimmel zusammen. Die Geldknappheit, die steigenden Zinssätze waren Sturmzeichen, deren Wesen Handel und Industrie lange nicht erkennen wollten. Erst der Ausbruch der amerikanischen Krise beseitigte jeden Zweifel, daß die anormalen Geldverhältnisse Vorläufer und Teilerscheinungen einer allgemeinen wirtschaftlichen Krise bedeuteten. Doch noch immer wurde die Gefahr einer Rückwirkung der amerikanischen Krise auf die europäischen Wirtschaftsverhältnisse unterschätzt. Der Geldbedarf Amerikas ist unstillbar. Die deutsche Reichsbank mußte zur Verhinderung des Goldabflusses den Diskontsatz auf $6\frac{1}{2}$ Prozent erhöhen, die Bank von England sah sich in der Zeit vom 31. Oktober bis zum 4. November genötigt, den Diskont von $4\frac{1}{2}$ Proz. auf 6 Proz. heraufzusetzen und schon am Donnerstag erfolgte die weitere Erhöhung um ein volles Prozent auf nunmehr 7 Proz. Der 7prozentige Diskontsatz rief in London große Bestürzung hervor und diese Stimmung übertrug sich auch auf die Börsen aller übrigen Länder.

In den schwierigsten Situationen ist die Bank von England nicht über einen Geldsatz von 6 Proz. hinausgegangen. Die jetzige Erhöhung auf 7 Prozent fällt um so schwerer ins Gewicht, als der englische Diskont stets erheblich niedriger ist, als der deutsche. Die bisherigen Diskonterhöhungen konnten die Geldverschiffungen nach Amerika nicht verhindern, da jede Diskonterhöhung an den europäischen Märkten durch entsprechende Steigerung der Geldsätze in den Vereinigten Staaten wettgemacht wurde. Diese Tatsache bestätigt die Vermutung deutscher Finanzkreise, daß die letzte Erhöhung der Bank von England in erster Reihe nicht veranlaßt wurde durch die Geldansprüche Amerikas, sondern in Hinsicht auf bevorstehende Schwierigkeiten in der Industrie und im Handel Englands. Die englische Presse hat in den letzten Tagen sehr bedenkliche Berichte über die Lage der englischen Industrie gebracht, denen jetzt in der deutschen Handelswelt erhöhte Beachtung beigelegt wird. Die Maßnahme der englischen Bank bedeutet daher die eindringlichste Sturmwarnung. Die deutsche Reichsbank hat ihren Zentralausschuß bereits zu einer sofortigen Sitzung einberufen, es wird damit gerechnet, daß der Reichsbankdiskont um 1 bis $1\frac{1}{2}$ Proz. heraufgesetzt wird, also der Geldsatz die Höhe von $7\frac{1}{2}$ bis 8 Proz. erreichen wird.

Die Folgen der sinkenden Konjunktur müssen durch diese Geldsätze, die in der Praxis sich noch um 2 bis $2\frac{1}{2}$ Proz. höher stellen, eine unheilvolle Verschlimmerung erfahren. Die amerikanischen Geldverhältnisse üben auf die europäischen Märkte aber je länger je schärfer auch durch die mit aller Kraft forcierte Ausfuhr Amerikas einen drückenden Einfluß aus. Die amerikanische Finanz treibt in dem Bestreben, unter allen Umständen Barmittel zu erhalten, die ihrem Einfluß unterstehende Industrie zu beschleunigter und verstärkter Ausfuhr an. Bisher ist zu erkennen, daß Baumwolle in einem über alle Erwartungen großen Umfange exportiert wird, und zwar auch früher als unter normalen Verhältnissen. Bald dürften auch andere Produkte auf den Märkten des Kontinents in großen Quantitäten zum Angebot gelangen. Die deutschen Importeure müssen die amerikanischen Waren, die sie bestellt haben, früher als sonst bezahlen, der deutsche Geldmarkt verschlechtert sich dadurch, die Industrie wird gleichfalls zur Abnahme der Rohprodukte gedrängt, während Beleihungen auf Rohmaterialien, abgesehen von den hohen Zinssätzen, mit den größten Schwierigkeiten verknüpft sind. Ferner aber droht die in ihren Gefahren nicht zu unterschätzende Konkurrenz der amerikanischen Industrie auf dem Weltmarkte, die sich in Preisschleuderei und Preisunterbietung äußern wird, da die Geldnot jede Kalkulation durchbricht.

Politische Uebersicht.

Eine Demonstration gegen Wilhelm II.?

Aus London wird dem Berliner Tageblatt gemeldet: Auf dem Sozialistenmeeting in dem Stadthause des Holborne-Distrikts erklärte der Sozialistenführer Hyndmann, es sei den Sozialisten die Aufgabe überlassen worden, den Besuch des deutschen Kaisers zu rügen. Wir werden es dabei nicht bewenden lassen. Wir werden gegen den Besuch demonstrieren und dem Kaiser zeigen, was wir von seiner Behandlung Karl Liebknechts denken.

Wir können nicht sagen, ob die Aeußerungen **Hyndmanns** in diesem Telegramm richtig und vollständig zum Ausdruck gelangen. Sollte seitens unserer Londoner Parteigenossen beabsichtigt werden, Straßenkundgebungen gegen den Kaiser zu veranstalten, so müssen wir sagen, daß wir zwar die Stimmung unserer Genossen gegen ein Regierungssystem, wie es in Deutschland herrscht, im vollsten Maße würdigen, daß wir aber gleichwohl der Methode, diese Stimmung zum Ausdruck zu bringen, keinerlei politischen Wert beizulegen vermögen. Abgesehen von etwaigen besonderen Ausnahmeverhältnissen, die aber hier nicht vorliegen, kann es nicht Sache der Sozialisten sein, Demonstrationen gegen eine **Person** zu unternehmen. Die deutschen Sozialdemokraten, die die Besuche Eduards VII. ruhig geschehen lassen, bekämpfen das monarchische System, sowie die Völkerverfeindung, die trotz aller Fürstenbesuche durch die gegenwärtig herrschende Politik hervorgerufen und gefördert wird. Wir können uns nicht vorstellen, daß ein Plan, wie ihn, nach den Nachrichten bürgerlicher Blätter, Genosse Hyndmann vorgeschlagen haben soll, irgendwie den Kampf der Sozialdemokratie zu fördern geeignet sein soll.

Die „Reinigung".

Der Jubel der Blockpresse über den Ausgang des Bülow-Brand-Prozesses ist unbeschreiblich. Man könnte meinen, ganz Deutschland sei maßlos beglückt durch die Entdeckung, daß es einen Reichskanzler besitzt, der keinerlei Abneigung gegen das weibliche Geschlecht empfindet, und fünf Weltteile beneideten uns um die gerichtlich bewiesene Tüchtigkeit unseres verantwortlichen Staatslenkers. Deutschland wie immer in der Welt voran.

Dieses Treiben der „staatserhaltenden" Blätter ist so narrenhaft und lächerlich, daß man fast versucht wäre, an einen elementaren Ausbruch preußisch-bürgerlicher Bedientenhaftigkeit und Albernheit zu glauben. Liest man aber, welche Berge der sittlichen Entrüstung auf die arme, konfuse Null des Herrn Brand gewälzt werden, der trotz seines guten Glaubens, trotz seines Widerrufs, trotz seiner Berufung auf seine alten Eltern eine ohne beleidigende Absicht ausgesprochene Beleidigung mit anderthalb Jahren Gefängnis büßen muß, so merkt man erst den eigentlichen politischen Zweck der Uebung. Und volle Klarheit verbreitet eine Aeußerung der Kreuzzeitung, die folgendermaßen lautet:

> Es geht ein befreites Aufatmen durch das deutsche Volk, dem die **verbrecherische Schmähsucht eitler Gesellen** die Ehre vor der Welt **und den Glauben an seine Führer rauben wollte.**

Der ganze Hofskandal ist also weiter nichts als eine Erfindung schmähsüchtiger eitler Gesellen. Die hohen Herrschaften, die in der Adlervilla Gäste des Grafen Lynar waren, bleiben nach wie vor die geborenen Führer, an die das Volk zu glauben hat und denen es unverbrüchlichen Gehorsam schuldet.

Man wird sich nicht wundern, wenn im Zeichen des Blocks sogenannte liberale Blätter auf denselben Ton gestimmt sind. Es ist genau dieselbe Methode, die man vor Jahresfrist zur Vertuschung der Kolonialskandale anwendete; da „stach" Dernburg „die Eiterbeule auf", und mit Hussah-Horridoh ging es — statt gegen die Kolonialverbrechen gegen die **Abgeordneten**, die von den Skandalen **gesprochen** hatten. Die gegenwärtige Hetze gegen die meist unbeträchtlichen, wenig sympathischen Nebenfiguren des Skandals, gegen Harden und Hirschfeld oder gar gegen Gehilfen und Brand, verfolgt genau denselben Zweck. Sie ist eine demagogische Spekulation auf Vergeßlichkeit und Dummheit!

Die Beilegung des englischen Eisenbahnkonflikts.

Die Bemühungen des Handelsministers Lloyd-George um die Schlichtung des Konfliktes zwischen den englischen Eisenbahngesellschaften und den organisierten Angestellten sind von Erfolg gekrönt worden. Ueber den Inhalt der getroffenen Vereinbarungen, die wir bereits kurz mitteilten, gibt folgende Mitteilung des B. T. Aufschluß:

London, 6. November.

Gestern abend gegen 10 Uhr **unterzeichneten** die Delegierten der Eisenbahngesellschaften und der Eisenbahnangestellten das **Abkommen**, das nach der Zustimmung des Exekutivkomitees der Arbeiter für die nächsten Jahre einen Streik ausschließt. Erreicht wird dieses Ziel durch Bildung verschiedener, aus Delegierten der Gesellschaft und der Arbeiter zusammengesetzter Vertretenschaften, **die drei Versöhnungsetappen** darstellen. Die ersten Stellen, an der die Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden sollen, sind ein **Einigungsamt**, das jede Gesellschaft für ihre Arbeiter errichtet, wobei die verschiedenen Arten von Angestellten in Sektionen und, wenn es möglich ist, in Bezirke gruppiert werden. Die Gruppe, die eine Meinungsverschiedenheit mit der Direktion hat, z. B. die Leute des Güterverkehrs, wählen unter sich für jeden Bezirk einen oder mehrere Vertreter, die mit den Vertretern der Gesellschaft zum Sektionsversöhnungsamt zusammentreten. Kommen die Sektionen unter sich zu keinem Arrangement, so werden die Fragen auf Antrag beider Seiten dem Zentralschiedsamt vorgelegt, das aus Vertretern sämtlicher Sektionsämter und Delegierten der Direktionen besteht. Ist das Zentraleinigungsamt auch nicht imstande, einen Vergleich herbeizuführen, so wird die Angelegenheit einem **Schiedsrichter** übergeben, der, falls die Parteien des Zentralamtes sich nicht über einen solchen einigen, von dem Präsidenten des Unterhauses und dem Master of the Rolls, einem Richter der Chancery-Division, zu ernennen ist. Das Urteil des Schiedsrichters ist für beide Teile bindend.

Um 11 Uhr abends wurde das Ergebnis der Verhandlungen der Presse mitgeteilt, und ein Extrazug brachte das Resultat noch in später Nachtstunde nach Schloß Sandringham, da der König ein lebhaftes Interesse an der Verhandlung bekundet hat.

Bemerkenswert ist, daß das Abkommen **keinen Unterschied zwischen Trade Union-Arbeitern und freien Arbeitern** macht und nur Unterschiede wegen der verschiedenen Berufsgruppen kennt. Die **Unionisten** sind daher nicht sonderlich **von dem Abkommen befriedigt**. Einer der Sekretäre der Amalgamated Society, **Barnes**, sprach denn auch schon gestern nacht sein **Bedauern** darüber aus, daß das Abkommen den Unions nicht die **Anerkennung gibt**, auf die sie Anspruch haben, während der Präsident Bell ganz zufrieden erklärte: Früher waren die Direktionen unsere Feinde, heute haben wir uns die Hände geschüttelt und sind Freunde.

Die Vereinbarungen haben allerdings den Ausstand der Eisenbahnangestellten verhindert, aber die eigentliche Ursache des Konfliktes: Anerkennung der Organisation der Eisenbahner, **nicht restlos beseitigt**. Der Friede wird darum kaum von langer

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19071108/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG